



FORDERUNGSKATALOG AN DIE ÖSTERREICHISCHE BUNDESREGIERUNG

Ständige EU-Reglementierungen und Verbote von wertvollen, seit Menschen-Gedenken verwendeten Kräutern, ätherischen Ölen und Naturstoffen, und die fortschreitende Kriminalisierung von Naturstoff-Verarbeiter(innen), initiiert durch rücksichtsloses Lobbying von Vertretern internationaler Konzerne in Brüssel veranlaßten die Initiative Ringelblume zur Durchführung einer Unterschriftenaktion, welche bis jetzt von über 45.000 besorgten Bürgern und Betroffenen unterzeichnet wurde.

Die Initiative Ringelblume fordert daher:

- 1. Keine weiteren Naturstoff-Verbote im Kosmetikbereich aufgrund zweifelhafter Gutachten, sondern bewusste aktive Förderung des Einsatzes von originären Naturstoffen gegenüber chemisch-synthetischen Rohstoffen.**

Begründung:

Die Verwendung von Naturstoffen ist nicht nur aus medizinischer und ökologischer Sicht sinnvoll, sondern sichert auch wichtige Arbeitsplätze in der Landwirtschaft und ihr nahen Wirtschaftssparten.

Unser Land Österreich sollte, entsprechend seines immer wieder propagierten Rufes als „Feinkostladen Europas“ Vorbild im Einsatz von natürlichen Rohstoffen sein.

- 2. Förderung der Transparenz von Reglementierungs- und Verbotsplänen der EU und unverzügliche Information der betroffenen Wirtschafts- und Berufs-Sparten, sowie der Bevölkerung.**

Begründung:

Die in der Vergangenheit praktizierte Verleugnung von in Fachkreisen bereits bekannten EU-Gesetzesvorhaben durch das Ministerium für Gesundheit und Frauen und die Österreichische Wirtschaftskammer kann eine ernsthafte Gefahr für die Existenz von Betrieben sein und diesen die Möglichkeit nehmen, Vorschläge und Gegengutachten rechtzeitig in Brüssel einzubringen.

- 3. Einbindung von Vertretern der Klein- und Mittelbetriebe (KMU's) in den wissenschaftlichen Beirat der EU, den SCCP und damit Beendigung des de facto Monopols der Großkonzerne-Lobbyisten.**

Begründung:

Der in Brüssel herrschende Lobbyismus der Großindustrie und Großkonzerne stellt eine immer größer werdende Gefahr für die Existenz von zahllosen Klein- und Mittelbetrieben dar.

- 4. Entwicklung der anfänglich wohl bewusst kritikarmen Pro-EU-Propaganda der österreichischen Bundesregierung und ihrer Ministerien, zu einer nun angemessenen wahrheitsgetreuen und kritischen Information der Bevölkerung über sämtliche Sachthemen.**

Begründung:

Die EU Bevölkerung hat ein Recht, prompte, vollständige, richtige, unzensurierte und auch kritische Informationen und Berichte über alle wichtigen Geschehnisse im Bereich der EU und ihrer Gremien zu erhalten.

- 5. Aufklärung der österreichischen Bevölkerung über die Auswirkungen der mit 1.6.2007 in Geltung gesetzten EU REACH-Verordnung und die hieraus resultierenden Folgen für unser Land.**

Begründung:

Die zum Teil katastrophalen Auswirkungen dieser EU-Gesetzesverordnung, welche 2007 in Kraft getreten ist,, auf Rohstoffkosten, Rohstoffvielfalt, Infrastruktur, Wirtschaft, Arbeitslosigkeit und Gesellschaft sind auch für Experten noch nicht vollständig abzusehen.

- 6. Wirksame Maßnahmen gegen die fortschreitende Entmachtung des österreichischen Parlamentes.**

Begründung:

Es ist bedenklich, wenn Politiker zweiter Ebene in Straßburg Gesetze beschließen, welche von Vertretern großteils amerikanischer Großkonzerne in Brüssel eingebracht werden, die dann - bei sonst drohenden Sanktionen der EU - vom österreichischen Parlament ohne Rücksicht auf die Folgen für die österreichische Bevölkerung insgesamt umgesetzt werden müssen.

INITIATIVE-RINGELBLUME
Initiative zur Förderung von Naturprodukten

Peter Rausch
Tel. 07472-65030
nektar@aon.at

Margot Handler
Tel. 0664-58 95 022,
office@amyris.at

Willy Luger
Tel. 02576-20 89
culumnatura@aon.at